

Schwarzgeld | 01.12.2021 | Lesezeit 2 Min.

Geldwäsche: So viele Verdachtsfälle in Deutschland wie nie

Beim deutschen Zoll gehen immer mehr Verdachtsfälle nach dem Geldwäschegesetz ein. Der wesentliche Grund dafür ist, dass das Gesetz immer weitere Berufsgruppen zur Meldung verpflichtet. Corona wirkt sich allerdings auch auf die Meldungen aus, vor allem in einer Branche.

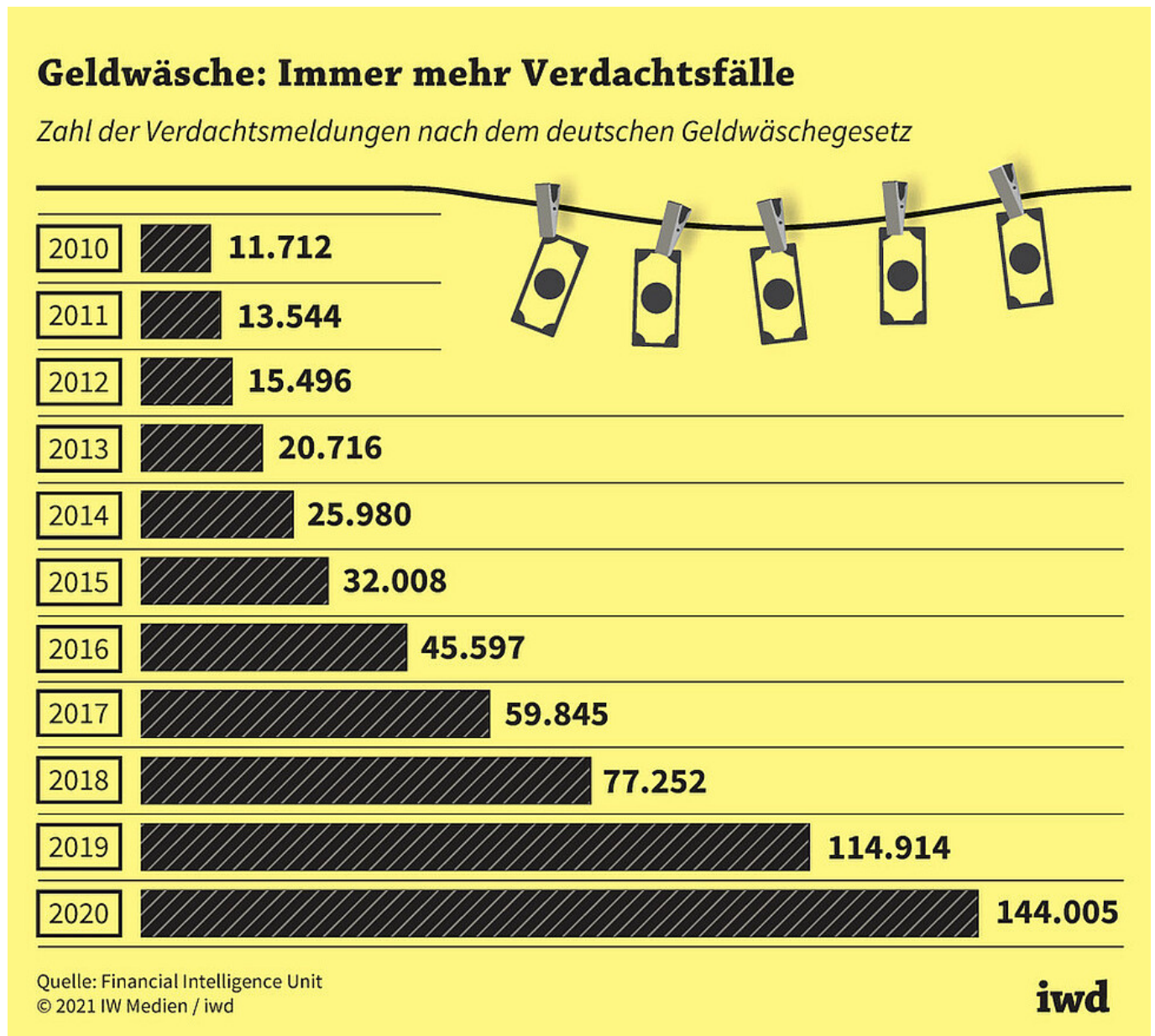
Bestechung, Raub, Steuerhinterziehung, Drogen- oder Menschenhandel: Die Liste der Wege, auf denen Menschen zu illegal erwirtschaftetem Geld und illegal erworbenem Vermögen kommen, ist lang. Wenn die Menschen dieses Geld oder Vermögen dann in den legalen Finanz- und Wirtschaftskreislauf bringen, spricht man - etwas euphemistisch - von Geldwäsche.

Weil immer mehr Branchen gesetzlich dazu verpflichtet sind, werden dem deutschen Zoll so viele Geldwäsche-Verdachtsfälle gemeldet wie nie zuvor.

Und die gibt es auch in Deutschland: Deutlich mehr als 200.000 Verdachtsmeldungen nach dem Geldwäschegesetz wird der deutsche Zoll bis Jahresende voraussichtlich erhalten, schätzt dessen Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen, die

unter dem englischen Namen Financial Intelligence Unit (FIU) firmiert. Das wären rund 60.000 Meldungen mehr als 2020 (Grafik):

Im Jahr 2020 gingen 144.000 Verdachtsmeldungen bei der FIU ein; 2010 waren es lediglich 11.700 Meldungen.



Für den steilen Anstieg gibt es verschiedene Gründe - unter anderem wächst der Kreis derjenigen, die verdächtige Transaktionen verpflichtend melden müssen, seit Jahren. Notare sind dazu seit Kurzem beispielsweise auch verpflichtet und dafür von ihrer Verschwiegenheitspflicht entbunden. Sie meldeten der FIU 2020 immerhin 1.629 Fälle, im Vorjahr waren es lediglich 17.

Zudem kann mittlerweile jede Straftat als sogenannte Vortat für Geldwäsche gelten

und nicht mehr nur einige wenige wie Drogen- oder Menschenhandel.

Von 2019 auf 2020 stieg die Zahl der gemeldeten Verdachtsfälle um etwa 25 Prozent, außerhalb des Finanzsektors betrug der Zuwachs sogar fast 90 Prozent.

Im vergangenen Jahr hat die FIU etwa jeden sechsten Verdachtsfall nach interner Prüfung an die Ermittlungsbehörden weitergeleitet. Vor allem in zwei Bereichen ist Geldwäsche besonders problematisch: Da ist zum einen der Immobilienhandel, wo Vertragsparteien immer wieder Absprachen am Notar vorbei treffen und ein Teil des Kaufpreises in bar fließt. Zum anderen sind es die Kryptowährungen, die oft für illegale Geschäfte genutzt werden. In diesem Bereich hat der Zoll zudem ein handfestes Fachkräfteproblem: Ihm fehlen unter anderem Wirtschaftsinformatiker, um den digitalen Geldwäschern auf die Spur zu kommen.

Corona machte indes einigen Geldwäschern das Leben schwer, lässt die Statistik vermuten: Weil über lange Zeit viele Lokaltäten pandemiebedingt schließen mussten, reduzierten sich beispielsweise die Verdachtsfälle im Glücksspielbereich im vergangenen Jahr gegenüber 2019 von 754 auf 252.

Kernaussagen in Kürze:

- Im Jahr 2021 werden beim deutschen Zoll voraussichtlich so viele Meldungen über Geldwäsche-Verdachtsfälle eingehen wie nie zuvor.
- Seit Jahren steigt die Zahl der Meldungen stark an, weil immer mehr Branchen Verdächtiges melden müssen - neuerdings sogar Notare.
- Vermutlich aufgrund der Beschränkungen durch die Corona-Pandemie sind die Verdachtsfälle in der Glücksspielbranche 2020 allerdings stark zurückgegangen.